# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

**Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger**

**www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de** **Ausgabe Februar 2016**


***Hinweis:*** *Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.*

*Das politische und weltanschauliche Selbstverständnis des Redaktionsteams und den Haftungsausschluss finden Sie auf unserer Homepage.*

*Eine Anmerkung zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.*

***Einladung:*** *Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie@online.de (Betr.:"BB-Artikelvorschlag").*

*Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.*

*Die Redaktion, 2016-11-17*

## Inhalt dieser Ausgabe


- *Karin Leukefeld:* ***Der lange Weg zum Frieden***
- *Gerald Oberansmayr:* ***Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge! - Teil 2: Nein zur Kriegspolitik der westlichen Großmächte!***
- *Solidar-Werkstatt:* ***Explosives Libyen-Mail: Krieg gegen gesamtafrikanische Währung***
- *Thierry Meyssan:* ***Deutschland und die UNO gegen Syrien***
- *Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten:* ***Indiens Botschafter bestätigt: Krieg in Syrien wurde von außen angezettelt***
- *Heinrich Buecker:* ***Multipolare Welt gegen Krieg***
- *Volker Hermsdorf:* ***Noch nicht am Ziel***
- *Joseph Dehler:* ***"Fortwährend steigerndes Kriegstreiben der herrschenden Politik"***
- *Mehr Demokratie:* ***Jetzt für bundesweite Volksentscheide unterschreiben!***
- *Ernst Wolff:* ***Die europaweite Enteignung nimmt ihren Lauf***
- *Die Welt:* ***Bundesbank warnt vor Bargeld-Begrenzung***
- *Norbert Häring:* ***SPD lässt sich einseifen und macht sich auf den Weg zum Bargeldverbot***


**Zitat des Monats** von Esther Bejerano (Auschwitz-Überlebende):

**Mit Kriegen kann man keinen Frieden schaffen.**

**Das war schon immer so und wird niemals anders sein.**

**Konflikte können nur durch Verhandlungen gelöst werden.**

● Karin Leukefeld: **Der lange Weg zum Frieden**

Die Autorin beschreibt in ihrem Bericht recht genau die Zustände in Stadtteilen von Damaskus und rund um Damaskus. Es kommt zur Evakuierung von IS-Kämpfern und zu Waffenniederlegungen von Kämpfern, die von der syrischen Armee und staatlichen Behörden wieder "legalisiert" werden.

Weitgehend unbeachtet von westlicher Seite fand und findet parallel zu den Kämpfen ein Dialog zwischen den verfeindeten Seiten statt. Armee und Geheimdienste versuchen, mit Gesprächen und Verhandlungen die Kämpfer zur Aufgabe und zum Abzug zu bewegen.

Unterstützt werden sie dabei von lokalen Versöhnungskomitees, die aus Persönlichkeiten bestehen, denen die Zivilbevölkerung vertraut. Lehrer und Ärzte, Politiker, Geistliche, Männer und Frauen, Junge und Alte sind in den Versöhnungskomitees versammelt. Sie machen Vorschläge, tragen Botschaften hin und her, verzeichnen Erfolge und stecken Niederlagen ein. Manch einer bezahlt sein Engagement mit dem Leben. Scheitern die Verhandlungen, beginnen die Kämpfe neu. Nach vier Jahren ist die Geduld der Bevölkerung verbraucht, sie macht Druck auf beide Seiten. "Ließe man die Syrer unter sich, sie würden innerhalb von Monaten den Krieg beenden", zeigte sich ein arabischer Diplomat in Damaskus überzeugt.

Unterstützt wird die Bevölkerung in ihrem Bemühen um ein Ende der Kämpfe auch durch das 2012 gegründete Ministerium für nationale Versöhnung. Aber die von extern unterstützen Regierungsgegner torpedieren mit nicht bewiesenen Behauptungen immer wieder solche Bemühungen.

*Karin Leukefeld, Jahrgang 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)*

Inhalt ⇧

● Gerald Oberansmayr: **Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge! - Teil 2: Nein zur Kriegspolitik der westlichen Großmächte!**

Der Autor zeigt anhand der Kriege der letzten Jahre und Jahrzehnte exemplarisch auf, wie massiv die Politik der westlichen Großmächte und deren Militärpakte NATO und EU zu kriegerischen Eskalationen beigetragen haben, die Millionen von Menschen das Leben gekostet und Abermillionen zu Flüchtlingen gemacht haben (*siehe Pkt. (2) auf Seite 4 des Werkstatt-Rundbriefs 3/2016*). Dabei zeigt der Autor in Einzelheiten auf die völkerrechtswidrige Politik des Westens, sei es bzgl. der Zerschlagung Jugoslawiens, bzgl. der Golfkriege, bzgl. Afghanistan und Pakistan, bzgl. Libyen, bzgl. Syrien, bzgl. Ruanda und Kongo sowie bzgl. der Ukraine.

*Gerald Oberansmayr ist Journalist und Mitarbeiter der Werkstatt für Frieden und Solidarität in Linz. (Red.)*

Inhalt ⇧

● Solidar-Werkstatt: **Explosives Libyen-Mail: Krieg gegen gesamtafrikanische Währung**

Anfang 2011 drängte vor allem Frankreich, gemeinsam mit Großbritannien und den USA, auf den Krieg gegen den libyschen Machthaber Gaddafi. Der UN-Sicherheitsrat wurde unter dem Vorwand, bloß eine "Flugverbotszone" einrichten zu wollen, düpiert. Eine libysche Flugabwehr existierte nach drei Tagen nicht mehr. Gebombt wurde noch weitere 8½ Monate, in denen die NATO 26'300 Angriffe flog.

Aber warum? In seiner E-Mail vom 02.04.2011 an Hillary Clinton führt Sidney Blumenthal, ein enger Vertrauten Clintons, aus, dass "Gaddafis Regierung über 143 Tonnen an Goldreserven und eine ähnliche Menge an Silber im eigenen Land verfügt". Das Gold sei angehäuft worden "mit dem Zweck, eine gesamtafrikanische Währung aufzubauen, und zwar auf der Grundlage eines mit Gold gedeckten libyschen Dinar". Dieser Plan sei entwickelt worden, "um den frankophonen afrikanischen Ländern eine Alternative zum französischen Franc (CFA) zu bieten". Blumenthal lässt seine Einschätzung folgen: "Französische Geheimdienstler entdeckten diesen Plan, kurz nachdem die Rebellion begonnen hatte. Laut gut informierten Personen wird Gaddafis Gold und Silber auf mehr als 7 Mrd. Dollar geschätzt. Dies war einer der Faktoren, die Präsident Nicolas Sarkozy zum Angriff auf Libyen veranlassten. Gemäß dieser Personen seien Sarkozys Pläne auch von folgenden Punkten getrieben: 1. dem Wunsch, einen größeren Anteil an der Ölproduktion Libyens zu gewinnen; 2. den Einfluss Frankreichs in Nordafrika zu stärken; 3. die innenpolitische Situation in Frank-

reich zu verbessern; 4. um dem französischen Militär die Möglichkeit zu geben, seine Position in der Welt zu behaupten; 5. um auf die Sorgen seiner Berater über Gaddafis langfristige Pläne einzugehen, nämlich Frankreich als die dominierende Macht aus dem frankophonen Afrika zu verdrängen." Hier kommen die westafrikanischen Uranminen noch hinzu.

Bis zum Eingreifen von NATO und EU hatte der Bürgerkrieg im Jahr 2011 rund 1'000 Menschen das Leben gekostet, seit Eingreifen der Westmächte stiegen die Opferzahlen auf mittlerweile 50'000 bis 60'000 Menschen. Hunderttausende wurden zu Flüchtlingen gemacht. Das Land, das bis 2011 den höchsten Lebensstandard in Afrika hatte, versinkt seither in einem Hexenkessel von Armut, Gewalt und Verfolgung, in dem rivalisierende Milizen um die Macht ringen.

*Die Solidarwerkstatt ist eine antimilitaristische Initiative, die für ein aktiv neutrales Österreich und eine solidarische Gesellschaft eintritt und die EU als Instrument von Großkonzernen und des Militärs ablehnt. (Red.)*

Inhalt ⇧

● Thierry Meyssan: **Deutschland und die UNO gegen Syrien**

Der Autor zeigt die Rolle des US-Diplomaten Jeffrey Feltman (ehemals US-Botschafter in Beirut, dann Nahost-Verantwortlicher im US-Außenministerium, seit 2012 Vize in der UN) und die Rolle des deutschen Akademiker Volker Perthes (Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik SWP, die der Bundesregierung nahe steht) in der westlichen Politik gegenüber Syrien auf.

So steuert Feltmann mit Unterstützung von Perthes die für die Vorbereitung des Syrien-Krieges verantwortliche Gruppe. Dazu gab es mehrere Anläufe: 2005 wurde Rafiq Hariri ermordet, um das die Sicherheit des Libanon garantierende Syrien zum Eingreifen im Libanon zu provozieren. 2006 wurde der Krieg Israels gegen den Libanon initiiert, deren Hisbollah damals von Syrien bewaffnet wurde. 2011 leitete Feltman den Krieg der 4. Generation gegen Syrien direkt vom US-Außenministerium aus. Seit 2012 versucht Feltmann von den UN aus, den Syrien-Krieg möglichst lange andauern zu lassen, um den Dschihadisten den Sieg zu ermöglichen.

Perthes hatte die deutsche Nahost-Politik im Sinne von Feltmann und der privaten STRATFOR zu beeinflussen. 2008 stellte Perthes den Plan für einen Regierungswechsels in Damaskus der Bilderberg-Gruppe vor. 2011 überzeugte er die deutsche Bundesregierung, die Muslimbrüder während des "arabischen Frühlings" zu unterstützen. 2012 leitete er eine Arbeitsgruppe, die beauftragt war, eine neue syrische Regierung vorzubereiten und verfasste anschließend einen Plan für die totale und bedingungslose Kapitulation des Landes ("The Day After", siehe auch hier). Heute ist Perthes von den UN mit der Führung der Genfer Friedensverhandlungen beauftragt.

*Thierry Meyssan: Französischer Intellektueller, Präsident und Gründer des 'Réseau Voltaire' und der Konferenz 'Axis for Peace'. Er veröffentlicht Analysen über ausländische Politik in der arabischen, latein-amerikanischen und russischen Presse. (Red.)*

Inhalt ⇧

● Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten: **Indiens Botschafter bestätigt: Krieg in Syrien wurde von außen angezettelt**

Der ehemalige (2009 – 2012) indische Botschafter in Syrien V.P. Haran berichtet im Interview seine Eindrücke vom Beginn des Krieges in Syrien, dessen Augenzeuge er war.

Bei seiner Ankunft 2009 war Syrien ein friedvolles und wirtschaftlich gut funktionierendes Land, allerdings mit relativ vielen gut gebildeten Arbeitslosen. Präsident Assad war weit über seine religiöse Gruppe hinaus geachtet und anerkannt, nach internationaler Einschätzung mit einer Zustimmung von 80 % der Bevölkerung. Problematisch war eine anhaltende Dürre im Norden, die zu Umsiedlungen in den Süden führte.

2011 begannen Proteste, die von NGOs initiiert waren und anfangs wenig Rückhalt in der Bevölkerung fanden, bis Al-Kaida-Leute aus Irak massiv und aggressiv vor allem in Aleppo für Unruhe sorgten. Diese Gruppen wurden hauptsächlich von den Golf-Staaten und von Al-Jazira unterstützt und haben den Krieg nach Syrien getragen.

*Leider steht von dem Artikel nur noch die Zusammenfassung kostenlos zur Verfügung. (Red.)*

Inhalt ⇧

● Heinrich Buecker: **Multipolare Welt gegen Krieg**

Unsere Welt steht an einem kritischen und gefährlichen Wendepunkt. Die zerstörerische Politik einseitiger militärischer Interventionen und illegaler Regimewechsel, ausgeführt und gefördert von den USA, ihren Verbündeten und deren Medien, hat zur Möglichkeit einer militärischen Konfrontation zwischen den großen Weltmächten geführt, die einen neuen Weltkrieg auslösen könnte.

Die Zeit ist gekommen, um dieser ernsten Bedrohung für die Menschheit entgegenzutreten. Respekt für die Grundsätze von Souveränität, Selbstbestimmung und Nichtinterventionismus muss wiederhergestellt werden und die Einhaltung des Völkerrechts muss höchste Priorität haben.

Dies ist ein dringender Aufruf an alle Nationen, Organisationen, Bewegungen und Menschen weltweit, sich zusammenzuschließen, um den Aufbau einer globalen Koalition voranzutreiben. Diese Koalition soll die Katastrophe durch die Stärkung der Zusammenarbeit multipolarer, friedlicher Diplomatie und des internationalen Rechts zu verhindern suchen, um zugleich Interventionismus und einseitige Aggression kategorisch abzulehnen.

*Wenn Sie sich diesem Appell anschließen wollen, können Sie hier unterzeichnen. (Red.)*

Inhalt ⇧

● Volker Hermsdorf: **Noch nicht am Ziel**

In seiner zehnjährigen Amtszeit haben Evo Morales und die Regierungspartei 'Movimiento al Socialismo' (Bewegung zum Sozialismus, MAS) aus Bolivien ein anderes Land gemacht. Voraussetzung dafür war die konsequente Veränderung der bisherigen politischen Verhältnisse.

Inzwischen gibt es keinen Zugriff ausländischer Konzerne auf Boliviens Bodenschätze mehr, was sich für das Land auszahlt: Bis 2013 konnten die Exporte nahezu verzehnfacht werden. Ein weiterer wichtiger Schritt waren die Integration in fortschrittliche Regionalbündnisse wie die 'Bolivarische Allianz für die Völker Unseres Amerikas' (ALBA) und das 2006 in deren Rahmen mit Kuba und Venezuela unterzeichnete Abkommen über einen 'Handelsvertrag der Völker' (TCP), mit dem solidarische Handelsbeziehungen zwischen den drei Staaten etabliert wurden. So verpflichteten sich Kuba und Venezuela unter anderem, Bolivien mit Programmen zur Alphabetisierung und Gesundheitsversorgung zu unterstützen.

Mit Hilfe der von Kuba entwickelten Lehrmethode 'Yo Sí Puedo' (Ja, ich kann es) lernten in kurzer Zeit rund eine Million Menschen Lesen und Schreiben. Morales verdreifachte zudem nach seinem Regierungsantritt 2006 die Ausgaben für den Bildungsbereich, mit dem Ergebnis, dass die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) Bolivien 2014 zu einem "vom Analphabetismus befreiten Land" erklärte.

Auch die extreme Armut und die soziale Ungleichheit konnten reduziert werden. Der Anteil der Armen wurde von 38 auf 18 Prozent gesenkt, die Arbeitslosenquote von rund neun auf drei Prozent gesenkt. Im Jahr 2015 erreichte die Bevölkerung Boliviens einen Lebensstandard, der mit dem in vielen anderen Ländern der Region vergleichbar ist.

Doch dem bisher erfolgreichsten Präsidenten des knapp elf Millionen Einwohner zählenden Landes reichen diese Verbesserungen nicht. Morales ist „Noch nicht am Ziel“ und verfolgt weiterhin ehrgeizige Ziele.

*Leider steht der Artikel nicht mehr kostenfrei zur Verfügung. (Red.)*

*Volker Hermsdorf, geb.1951, freier Autor und Journalist. Schreibt u.a. für 'junge Welt', 'Ossietzky' und 'Cubainformacion' in Bilbao. Pendelt zwischen Kuba und Hamburg. (Red.)*

Inhalt ⇧

● Joseph Dehler: **"Fortwährend steigerndes Kriegstreiben der herrschenden Politik"**

Der ehemalige Rektor der Fachhochschule Fulda, Prof. Dr. Joseph Dehler, ist wegen der Zustimmung der **SPD**-Bundestagsfraktion nach über 40 Jahren aus der Partei ausgetreten. In seiner lesenswerten Erklärung heißt es u.a.: "Nachdem der Deutsche Bundestag dem 'Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS' mit den Stimmen der SPD im Einklang mit der 'Großen Koalition' zugestimmt hat, kann und möchte ich Ihrer (vormals 'unserer') Partei nicht mehr angehören. Am meisten entsetzt mich, dass nur 28 von 193 Bundestagsabgeordneten der SPD eindeutig gegen die Teilnahme am Krieg in Syrien gestimmt haben. Dies alleine deutet darauf hin, dass die meisten Entscheidungsträger in der SPD alle schrecklichen Erfahrungen aus deutschen, kontraproduktiven Kriegsbeteiligungen der jüngsten Zeit zu ignorieren scheinen." Außerdem zitiert Dehler in der Er-

klärung § 80 des Strafgesetzbuches, wonach die Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges mit Freiheitsstrafen nicht unter zehn Jahren zu sanktionieren sei – dies gelte "auch für Parteivorsitzende, Minister und Abgeordnete“. Der offene Brief an den Parteivorsitzenden endet mit den Worten: "Herr Gabriel, als ein christlich und sozialdemokratisch geprägter Mensch möchte ich nicht weiter mit dem sich fortwährend steigernden Kriegstreiben der herrschenden Politik unter Beteiligung der deutschen Sozialdemokraten in Verbindung gebracht werden. Ich bitte Sie daher, meinen Austritt aus der SPD entgegenzunehmen und zu bestätigen".

*Einen weiteren öffentlich erklärten Parteiaustritt aus gleichem Anlass erfolgte durch Klaus Habel. (Red.)*

Inhalt ⇧

● Mehr Demokratie: **Jetzt für bundesweite Volksentscheide unterschreiben!**

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat angeblich keine Zeit, die in Deutschland geleisteten Unterschriften gegen TTIP & CETA entgegenzunehmen. - Dies zeigt einmal mehr, dass wir dringend verbindliche Mitbestimmungsrechte brauchen. Daher startet 'Mehr Demokratie' eine Aktion, um bundesweite Volksabstimmungen zu fordern, damit die Bürgerstimmen nicht länger überhört werden können! Das Volk muss mit der direkten Demokratie jederzeit Politik korrigieren und selbst Themen auf die politische Agenda setzen können.

*Mehr Demokratie e.V. tritt dafür ein, dass Bürger das Recht wahrnehmen können, wichtige Fragen selbst zu entscheiden, wenn sie das wollen – in Gemeinden, in den Bundesländern, auf Bundesebene und in der EU. (Red.)*

Inhalt ⇧

● Ernst Wolff: **Die europaweite Enteignung nimmt ihren Lauf**

Am 01.01.2016 ist die europäische Bankenabwicklungs-Richtlinie in Kraft getreten. Damit ist das Prinzip des 'Bail-in' innerhalb der gesamten Eurozone geltendes Recht. Damit muss bei einer Bankenpleite zunächst auf das Geld von Anleihegläubigern, Aktionären und Sparern zurückgegriffen werden.

Da in dieser neuen Richtlinie auch ein Schutz von Guthaben unter 100'000 Euro vorgesehen ist, hat die Regierung Italiens noch kurz vor dem Jahreswechsel vier Volksbanken gerettet - dies trieb einen Rentner in den Selbstmord und damit ganz Italien auf die Barrikaden. Nun will die italienische Regierung einen privat finanzierten Ausgleichsfonds von 100 Mio. Euro installieren, aber die Banken profitieren ein Vielfaches davon.

Der Journalist Ernst Wolff warnt: "Wer in Zukunft Bankaktien kauft, Anleihen zeichnet oder auch nur ein Sparkonto bei einem Finanzinstitut eröffnet, setzt sich schutzlos der Willkür der Zentralbanken und der Politik aus und kann sein Vermögen jederzeit im Rahmen eines gesetzlich abgesicherten 'Bail-in' verlieren."

Dringend erforderlich wäre ein Trennbankensystem nach dem Vorbild des von 1933-1999 in des USA gültigen Glass-Steagall-Gesetzes, in dem das herkömmliche Bankgeschäft und das hoch spekulative Investmentgeschäft streng voneinander getrennt sind. Das gilt für die EU wie für das hier diskutierte Beispiel Schweiz.

*Das Bail-in war schon mit der EU-Richtlinie von 2013 vorgesehen. Aufgrund einer von EZB-Chef Draghi ausgesprochenen Warnung wurde diese Richtlinie nicht wirksam. Die EU-Richtlinie RL 2014/59/EU für die Sanierung und Abwicklung von Banken (Bank Recovery and Resolution Directive, BRRD) ist seit dem 01.01.2015 anzuwenden. Mit dieser Richtlinie haben "zunächst die Anteilseigner und Gläubiger der Banken die Kosten eines Ausfalls und die Verluste zu tragen". In einem Memo (dort Pkt. IV) dazu wird zwar eine Grenze von 100'000 Euro angesprochen, aber im deutschen Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinie (SAG) ist eine derartige Begrenzung nicht zu finden. Mit der Richtlinie zur EU-Bankenabwicklung, die zum 01.01.2016 gültig wurde, werden lt. Wolff Sparer mit Guthaben von weniger als 100'000 Euro verschont. Hier gibt es Meinungen, dass letztere durch Schäubles FAZ-Artikel für Deutschland in Kraft gesetzt worden sei. (Red.)*

*Ernst Wolff, 1950 geboren, wuchs in Südostasien auf, ging in Deutschland zur Schule und studierte in den USA Philosophie und Geschichte. Er arbeitete in diversen Berufen, u.a. als Journalist, Dolmetscher und Drehbuchautor. Beschäftigt sich seit vier Jahrzehnten mit der Wechselbeziehung von Wirtschaft und Politik. Autor des Buches "Weltmacht IWF - Chronik eines Raubzugs" war. (Red.)*

Inhalt ⇧

● Die Welt: **Bundesbank warnt vor Bargeld-Begrenzung**

Zu Plänen der Bundesregierung, eine Obergrenze von 5'000 Euro je Bargeldzahlung einzuführen, äußerte sich Bundesbankpräsident Jens Weidmann skeptisch: "Es wäre fatal, wenn die Bürger den Eindruck bekämen, dass ihnen das Bargeld nach und nach entzogen wird. ... Der Bürger soll selbst entscheiden können, ob er lieber Bargeld nutzen oder bargeldlos bezahlen möchte."

Die Regierung dürfe bei der "Diskussion über Barzahlungen nicht vergessen, dass Banknoten das einzige gesetzliche Zahlungsmittel sind".

Zugleich sei eine Abschaffung des Bargelds aus geldpolitischer Sicht "nicht die angemessene Antwort auf die Herausforderung des Niedrigzinsumfeldes". Wichtiger sei es, das Wirtschaftswachstum dauerhaft zu stärken, "damit die Zinsen auch wieder steigen können".

Inhalt ⇧

● Norbert Häring: **SPD lässt sich einseifen und macht sich auf den Weg zum Bargeldverbot**

Eine gesetzliche Obergrenze für Barzahlungen wird mit dem Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismus und damit begründet, dass viele andere Länder in den letzten Jahren derartige Bargeldverbote erlassen haben. Der Staat beschränkt damit die Nutzung des Geldes, das er selbst zum einzigen gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt hat, etwa im Bundesbankgesetz und im EU-Vertrag. Und der Staat nimmt den Bürgern ein Teil des Datenschutzes mit dem Argument der Anonymität von Bargeldtransaktionen.

Das ist für Norbert Häring nur ein Vorwand, denn die vielen Bargeldverbote wurden erst in der Finanzkrise eingeführt, zuerst und bevorzugt dort, wo die Banken die größten Probleme hatten und haben. Es geht vielmehr darum, dem kleinen Mann die wichtigste Fluchtroute aus dem Bankensystem zu versperren. Sein Geld wird zunehmend zum reinen Buchgeld, auf das die Banken durch Negativzinsen ihre Zinsspanne wieder sichern können.

Da die Banken keinen Run zu befürchten haben, können sie noch unbeschwerter Kreditblasen aufpumpen. Das nun erlaubte 'Bail-in' hilft hier tüchtig mit.

Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, hält das Beschränken von Bargeldzahlungen für "nicht gerechtfertigte Eingriffe in Freiheitsrechte, nämlich in die Vertragsfreiheit und Privatautonomie".

*Norbert Häring ist Volkswirt, seit 1997 als Wirtschaftsjournalist (Gründer der Financial Times Deutschland), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)*

Ergänzend dazu:

Dass man sich im hochrangigen Expertenkreis mit einem völligen Bargeld-Verbot befasst, belegt den Ernst der Lage am Finanzmarkt bzw. in der Finanzwirtschaft. Es geht ihnen darum, die mit Bargeldbesitz verbundenen Handlungsmöglichkeiten einzuschränken. Derzeit sind für rund 307 Mrd. Euro 500-Euro-Scheine im Umlauf. Wenn man diese Scheine abschaffen würde, würde das Volumen an Bargeld um rund 30% auf rund 700 Mrd. Euro reduziert.

Nach Schweden und Dänemark ist Norwegen das dritte skandinavische Land, das eine völlige Abschaffung des Bargeld fordert, um damit alle Transaktionen überwachbar, kontrollierbar und vor allem bepreisbar zu machen.

Inhalt ⇧

*Anmerkung der Redaktion:*

*Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage www.volksinitiative-esm-austritt.de erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.*